

Analyse sorgt für Freude – oder Frust

Mit Skepsis reagieren viele Quartiervereine auf die Ankündigung der Stadt, die Leistungen der 25 Quartiervereine mit externer Hilfe zu analysieren. Erfreut hingegen sind Organisationen wie die IG Hardturmquartier oder der Einwohnerverein Kreis 6.

Lorenz Steinmann

«Die Haltung der Quartiervereine ist ziemlich anmassend», findet Erich Suter vom Einwohnerverein Kreis 6. «Sie sind nicht die alleinigen Vertreter der Quartiere, nur schon von der tiefen Anzahl Mitglieder her.» Suter, Gründungsmitglied des seit 1984 bestehenden Vereins, begrüsst das Bestreben der Stadt, die Leistungen der 25 Quartiervereine zu durchleuchten und beim Partizipationsverfahren auch «quartiervereinsähnliche Organisationen» zuzulassen. «Das haben wir uns schon immer gewünscht», erklärt Suter.

Ähnlich tönt es von der IG Hardturmquartier. «Ein Nachdenken über die eigene Leistung bietet da die grosse Chance, sich dieser Aufgabe neu zu stellen und die eigenen Strukturen zu überprüfen», so Co-Präsidentin José Wolf. Und: «Ob ‹traditioneller› Quartierverein oder nicht, es liegt in unser alle Interesse, alles dafür zu tun, die Lebensqualität im Quartier nachhaltig zu verbessern», so Wolf.

Den von der Stadt aufgeleisteten Prozess begrüsst auch der Verein Hochneun aus Albisrieden. «Wir setzen uns seit vier Jahren für eine lebendige, gut vernetzte, soziale und zukunftsfähige Nachbarschaft im Kreis 9 ein», heisst es vom fünfköpfigen Vorstand auf Anfrage. «Wir zählen mittlerweile 140 Mitglieder, wovon ein grosser Teil aktiv im Quartier mitgestaltet, und gegen 700 Abonnenten unseres monatlichen Newsletters.»

Wie ist denn die Zusammenarbeit mit dem Quartierverein? «Wir sind bereits jetzt mit dem Quartierverein Albisrieden gut vernetzt und tauschen uns aus. Wir sind als Verein Hochneun selber Mitglied im Quartierverein, und der Präsident des QV ist seinerseits ebenfalls bei uns Mitglied.»

«Aufwand ist erheblich»

Die etablierten 25 Quartiervereine reagieren verhalten zum angestossenen Prozess. Christian Relly, der Präsident

Repräsentativ?

Die herkömmlichen Quartiervereine haben geschätzt rund 12 000 Mitglieder, Tendenz gleichbleibend bis sinkend. Damit vertreten sie gegen 3 Prozent der Bevölkerung. Die Stadt Zürich hat die Frage in den Raum gestellt, ob und wie damit «die Diversität der Stadt abgebildet» wird. Darum hat die Stadt einen Mitwirkungsprozess gestartet – siehe Kasten, Interview und Kolumne ebenfalls auf dieser Seite. (ls.)



Bilden die Quartiervereine die «Diversität» der Stadtbevölkerung genügend ab? Die gestartete Untersuchung sorgt für Diskussionen. Foto: ho.

der Konferenz aller Quartiervereine, schreibt, man sei «selbstverständlich bereit, am Projekt der Überprüfung mitzuwirken – wenn auch die meisten nicht mit besonderer Begeisterung». Der Aufwand dafür sei erheblich, und die Gefahr, dass damit Kräfte gebunden werden für eine Arbeit, die den Quartieren keinen Nutzen bringt, nicht zu unterschätzen.

Ähnlich tönt es von Martin Bürki, Wollishofer Quartiervereinspräsident und amtierender Gemeinderatspräsident. Der FDP-Politiker moniert, die Stadt betreibe einen riesigen Aufwand, um ein im Grunde bewährtes System auf den Kopf zu stellen. Und: «Die Kosten der Überprüfung betragen 150 000 Franken, das ist fast die Hälfte des Betrags von 330 000 Franken, den die Quartiervereine pro Jahr bekommen. Dieses Geld könnte man sinnvoller einsetzen», so Bürki.

Gegen die Gleichstellung der Quartiervereine mit anderen «quartiervereinsähnlichen Organisationen» ist auch Urs Rauber, Wiediker Quartiervereinspräsident. Raubers Argumente: Quartiervereine arbeiten nachhaltig (statt kurzlebig, einmalig, zufällig), gemeinnützig (statt kommerziell motiviert), überparteilich (statt Partikularinteressen verpflichtet) und ehrenamtlich (statt besoldet). Die Kombination all dieser Faktoren zeichne die teils über 100-jährigen Quartiervereine aus.

Die inhaltliche Diskussion über die künftige Zusammenarbeit beginnt in wenigen Wochen (siehe Kasten «Schnittstellenprüfung»). Schlussendlich entscheidet der Gemeinderat der Stadt Zürich spätestens Ende 2020, wie es ab 2021 weitergeht mit den Quartiervereinen. Momentan gilt noch die Weisung vom 29. Juni 2016.

AUF EIN WORT



Thomas Hoffmann

Die Stadt will nebst den Quartiervereinen auch «quartiervereinsähnliche Organisationen» unterstützen. So möchte sie die Quartierbevölkerung noch besser mit einbeziehen. Aber hat sich die Stadtverwaltung eigentlich überlegt, was sie selbst dazu beitragen kann? Wohl nicht, denn sie gleiste das Mitwirkungsverfahren eigenmächtig auf, ohne ihre bisherigen Partner, die Quartiervereine, mit einzubeziehen. Herausgekommen ist ein aufwendiges Prozedere mit zwei Grosskonferenzen und fünf Treffen einer sogenannten Spurguppe. Für dieses arbeitsintensive Vorgehen wird die Stadt ihre Angestellten bezahlen, aber die Vertreter der Vereine müssen diesen Aufwand ehrenamtlich bewältigen.

Quartiervereine in Bedrängnis

Den 25 Quartiervereinen zahlt die Stadt insgesamt bescheidene 330 000 Franken pro Jahr. Dafür erhält sie eine enorme Gegenleistung. Allein der Quartierverein Wiedikon organisiert im Jahr über 20 Anlässe, die von fast 1500 Personen besucht werden. Noch wichtiger ist allerdings die Vermittlungsarbeit der Quartiervereine. Sie nehmen Anliegen der Bürger auf, wirken an unzähligen Sitzungen bei Bau- oder Verkehrsprojekten mit. Da würde es der Stadt gut anstehen, diesen Vereinen künftig ein bescheidenes Sitzungsgeld zu bezahlen. Was sie natürlich nicht tun wird. Denn die Stadt schreibt, dass es weder mehr noch weniger Geld geben wird. Um die 330 000 Franken buhlen also nebst den Quartiervereinen bald auch die «quartiervereinsähnlichen Organisationen» (siehe nebenstehenden Artikel). Somit ist der Fall für die Quartiervereine klar: Sie können nur verlieren.

Wie konnte es so weit kommen, dass diese teils über 100-jährigen Vereine um ihre Bedeutung als Sprachrohr der Quartierbevölkerung bangen müssen? Die Antwort findet man im Kreis 5. Dort hat sich der Quartierverein unter seinem früheren Präsidenten oft nicht an Vorgaben gehalten. Da hätte die Dachorganisation der Quartiervereine vehement einschreiten müssen – aber die Quartierkonferenz Zürich darf den einzelnen Quartiervereinen keine Vorschriften machen. Zudem wollte im Kreis 5 die Interessengemeinschaft Hardturmquartier als Quartierverein aufgenommen werden. Doch eine klare Mehrheit der 25 Quartiervereine lehnte ab, vielleicht weil sie befürchtete, ihr Anteil an den 330 000 Franken der Stadt werde kleiner. Damit signalisierten sie wenig Reformwillen. Jetzt spricht die Stadt ein Machtwort. Sie lanciert ein Mitwirkungsverfahren, zu dem sie mehrere «quartiervereinsähnliche Organisationen» ins Boot holt. Die 25 Quartiervereine wollen bei diesem Prozedere mit einer gemeinsamen Strategie auftreten. Ob ihnen das gelingt, muss bei der schwachen Führungsstruktur bezweifelt werden.

«Stadt und Quartiere verändern sich»

Erstmals spricht Stadtpräsidentin Corine Mauch darüber, warum sie eine Überprüfung der Stadtzürcher Quartiervereine für nötig findet. Zudem erklärt sie, dass auch andere ähnliche Organisationen Unterstützung erhalten sollen.

Interview: Pia Meier

Corine Mauch, die Quartiervereine engagieren sich seit teilweise über 100 Jahren für ihr Quartier. Überprüfung tönt so, als wäre etwas nicht in Ordnung. Sind Sie nicht zufrieden mit deren Arbeit?

Wir schätzen das zivilgesellschaftliche Engagement der Quartiervereine sehr. Seit Jahrzehnten sind sie unserer Partner bei Quartieranliegen. Aber Stadt und Quartiere verändern sich. Wir möchten das System zusammen mit den Quartiervereinen und anderen Quartierorganisationen einmal als Ganzes anschauen.

Ereignisse rund um den Quartierverein Kreis 5 mit dem langjährigen Präsidenten Helmuth Werner haben Stadt und Politik beschäftigt. Inwieweit ist dies der Grund für die Überprüfung?

Dies stand nicht im Vordergrund. Der Hauptgrund ist das veränderte Umfeld. Die Zusammensetzung der Bevölkerung verändert sich. Auch die Bedürfnisse der Menschen sind im Wandel. Das wollen wir berücksichtigen.

Soll der Prozess für eine Vereinheitlichung der Quartiervereine sorgen?

Nein, das ist sicher nicht das Ziel. Die Vielfalt der Quartiere ist ein wichtiges Element und muss bei der Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Quartieren auch künftig berücksichtigt sein.

Bei einigen Quartiervereinen geht die Angst um, dass die Stadt sie abschliessen will.

Das ist unbegründet. Es geht um das System als Ganzes, nicht um einzelne Organisationen. Der Prozess ist ergebnisoffen. Das ist eine Grundvoraussetzung für die Durchführung.

Andere quartiervereinsähnliche Organisationen sollen in Zukunft auch Schnittstelle zwischen Stadt und Quartier sein. Welches sind die Kriterien?

Voraussetzung ist, dass sich solche Organisationen nicht nur mit einem Sparten Thema beschäftigen, sondern breit zu Quartieranliegen mitdenken und mitdiskutieren. Welche Organisationen für das Quartierleben welche Rolle spielen und für die Interessensvertretung der Quartiere gegenüber der Stadtverwaltung wichtig sind, wollen wir mit dem Mitwirkungsprozess herausfinden.

Ist das Thema Digitalisierung auch ein Grund für diesen Prozess?

Die Digitalisierung spielt mittlerweile in allen Belangen eine wichtige Rolle. Es ergeben sich neue Möglichkeiten, auch bei der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Quartieren. Ein Beispiel ist die App «Züri wie neu». Das Mitwirkungsverfahren soll das Potenzial dieser digitalen Möglichkeiten identifizieren.

Sind Sie in einem Quartierverein oder quartiervereinsähnlichen Organisation?

Ja ich bin Mitglied des Quartiervereins Unterstrass und des Quartiervereins Oberstrass. Zudem bin ich im Einwohnerverein Kreis 6.

Alle Infos zum aktuellen Stand des Mitwirkungsverfahrens unter www.stadt-zuerich.ch/schnittstelle-stadt-quartiere.



Stadtpräsidentin Corine Mauch. ho.

Prüfung der Schnittstellen dauert ein Jahr

Die Quartiervereine gelten heute als Schnittstelle zwischen Quartier und Stadt. Die Stadt will die momentane Situation analysieren und gegebenenfalls Optimierungen vornehmen, wie sie festhält. Grund dafür ist, dass die Stadt Zürich und ihre Quartiere im Wandel seien, so die Stadt. Neue Quartierteile entstünden, es werde dichter gebaut und die Bevölkerung werde vielfältiger.

Neben den Quartiervereinen werden quartiervereinsähnliche Organisationen mit einbezogen. Aber: «Es gibt keine abschliessende Liste mit quartiervereinsähnlichen Organisationen», so Anna Schindler, Direktorin Stadtentwicklung, auf Anfrage. «Das Projektteam hat bisher rund ein Dutzend solcher Organisationen zusammengetragen.» Beispiele sind die IG Hardturmquartier, der Einwohnerverein Kreis 6, der Verein Hochneun und andere.

«Zeitgemässes System»

«In einem transparenten und breit abgestützten Mitwirkungsverfahren werden Verbesserungsmöglichkeiten gesucht. Auch die Bevölkerung soll mittels einer E-Partizipation mit einbezogen werden», heisst es von der Stadt. Ein Ziel des Prozesses seien ein offener Dialog und die Kommunikation zwischen Quartieren und Stadt. Weiter soll die Schnittstelle den Herausforderungen gewachsen sein, die sich durch den Wandel der Stadt und ihrer Quartiere ergeben. «Im Zentrum steht die Frage, wie ein zeitgemässes und zukunftsweisendes System, das die Diversität der Stadt abbildet, für den noch besseren Einbezug lokaler Anliegen und für die Förderung eines aktiven Quartierlebens aussehen muss», fasst die Stadt zusammen.

Das Mitwirkungsverfahren startet im Oktober 2018 und wird voraussichtlich im Herbst 2019 abgeschlossen sein. Es umfasst zwei Grossgruppenkonferenzen und die mögliche Meinungsäusserung im Internet (E-Partizipation). An den Grossgruppenkonferenzen können maximal 150 Personen teilnehmen. Die Anlässe werden moderiert vom Unternehmen «Frischer Wind». Wer an die Grossgruppenkonferenzen eingeladen wird, entscheidet die ungefähr 15-köpfige Spur- und Entwicklungsgruppe. Diese Gruppe wird von der Stadt in Absprache mit dem externen Prozessbegleiter zusammengestellt. Sie soll zu je einem Drittel aus VertreterInnen der Quartiervereine, von quartiervereinsähnlichen Organisationen und der Stadtverwaltung bestehen. Der ganze Prozess kostet die Stadt insgesamt 150 000 Franken. Das Mitwirkungsverfahren ist ein gemeinsames Projekt der Stadtentwicklung Zürich und der Sozialen Dienste im Auftrag von Stadtpräsidentin Corine Mauch und Stadtrat Raphael Golta.

Politischer Prozess folgt

Die Auslegeordnung, die Diskussion und die im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens erarbeiteten Vorschläge und Empfehlungen fliessen in einen Schlussbericht ein. Darauf basierend können Stadtrat und Gemeinderat entscheiden, welche allfälligen Änderungen oder Anpassungen an der Schnittstelle zwischen Stadt und Quartieren umgesetzt werden sollen. Grundsätzlich gehe es im Prozess weder um eine Ausweitung noch um eine Reduktion der zur Verfügung stehenden städtischen Ausgaben, wie die Stadt ausführt. (pm.)